

Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Mit den Gratisbeilagen:

„Amtliche Anzeigen für Deutsch-Ostafrika“ und „Der Ostafrikanische Pflanzer.“

Publikationsorgan der Wirtschaftlichen Vereinigung von Darfessalam und Hinterland, des Landwirtschaftlichen Vereins und des Wirtschaftlichen Vereins Suudi.

Darfessalam
15. Juni 1910.

Erscheint
zweimal
wöchentlich.

Abonnementspreis

für Darfessalam etc. 4 Rúp., für die übrigen Teile von Deutsch-Ostafrika vierteljährlich einschließlich 5 Rúp. für Deutschland und sämtliche anderen deutschen Kolonialgebiete 6 Rúp. für sämtliche anderen Länder halbjährlich 14 Rúp. — Bestellungen auf die D. O. A. Zeitung werden sowohl von der Hauptredaktion in Darfessalam (D. O. A.) als von der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung (D. O. A.) in Berlin S. 42 Alexanderstr. 93/94 entgegengenommen. „Amtliche Anzeigen für Deutsch-Ostafrika“ separat bezogen Abonnementspreis jährlich 4 Rúp. 50 Heller = 6 Rúp. — „Der Ostafrikanische Pflanzer“. Wöchentlich erscheinende Beilage für tropische Agrarwirtschaft und koloniale Volkswirtschaft. Bei Separatbezug jährlich 7 Rúp. 50 Heller = 10 Rúp. portofrei.

Insertionsgebühren

für die sechsgespaltene Zeile 50 Pfennige. Mindestens für ein einmaltiges Inserat 2 Rúp. oder 3 Mark. Für Familiennachrichten sowie Inserate auftragsweise eine entsprechende Preisermäßigung ein.

Die Annahme von Inserats- und Abonnementsaufträgen erfolgt sowohl durch die Hauptredaktion in Darfessalam als bei der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 Alexanderstr. 93/94. Abonnements werden außerdem von sämtlichen Postämtern Deutschlands und Oesterreich-Ungarns angenommen. Postzeitungstitel Seite 81. Telegramm-Adresse für Darfessalam: Zeitung Darfessalam. Telegramm-Adresse für Berlin: Schladerer, D. O. A. Alexanderstr. 93/94.

Jahr-
gang

No. 47.

Minister v. Lindequist und Landesverband von D. O. A.

Der Vorstand des Landesverbandes von Deutsch-Ostafrika sandte an den Staatssekretär des Reichskolonialamtes v. Lindequist gestern ein Gratulationslabelgramm.

Nachstehend des Staatssekretärs Antwort:

Berlin, 14. Juni 1910, 7 Uhr 55 Minuten Abends (Privattelegr.) An den Vorsitzenden des Landesverbandes. Herzlichen Dank. Möge Tätigkeit des Landesverbandes Schutzgebiet zum Segen gereichen.
Lindequist.

Der Wirtschaftliche Verband von Deutsch-Ostafrika.

Das Rechenbergorgan brachte gelegentlich der Tagung des Landesverbandes einen Bericht über die Generalversammlung desselben, der so frisiert und aufgemacht war, daß weiland Ezellenz Dernburg, wenn er beim Lesen des Artikels noch am Ruder gewesen wäre, in Entzücken geraten wäre ob der friedlichen wunschlosen Stimmung, die hier unter den Wirtschaftlern von D. O. A. herrscht. Wir haben nun auch unseren Bericht über die Landesverbandstagung zurück gehalten, bis das amtliche Material über die Verhandlungen in voller Öffentlichkeit vorliegt und jeder nun nachprüfen kann, ob das, was wir zu sagen haben, richtig ist.

Danach steht die Sache doch so, daß die Form, in der die Verhandlungen geführt wurden — und darin stimmen wir dem Rechenbergorgan völlig bei, — einen vornehmen Charakter trugen, die einzelnen Wünsche aber sachlich so scharf wie möglich formuliert wurden. Auch das soll nicht unerwähnt bleiben, daß man frei und offen anerkannte, wo die Regierung mal etwas Gutes zu schaffen versucht hatte, eine Sache, die von der Regierungspresse sofort gebührend unterstrichen wurde; daneben wurde aber ebenso scharf betont, was zu tun übrig bleibt und was als Wunsch des Wirtschaftlers anzusehen ist. Interessant ist auch zu beobachten, wie sich das Rechenbergorgan um den Punkt Selbstverwaltung herumdrückt. „Er löste eine schier endlose Debatte aus“, aber welchen Inhalt diese gehabt, das sagt das Rechenbergorgan nicht einmal anzudeuten; denn man würde ja sonst gesehen haben, daß die Wirtschaftler doch eigentlich auch dem mit Gouvernament recht unzufrieden sind. Nur am Schluß bei Behandlung der Bahnfrage mag die D. O. A. zu sagen, daß die Verwaltung der Zentralbahn wenig Angenehmes zu hören bekam. Hier konnte ja ein offenes Wort gewagt werden, denn es ging ja die Kritik nicht gegen das heilige Gouvernament. Ferner verdient hervorgehoben zu werden, daß Herr Feilke lange nicht der Einzige, in der Arbeiterfrage kompetente Referent war, auch andere Herren hätten zu diesem Kapitel sprechen können, Herrn Feilke war einfach das Referat darüber zugefallen, wie ein anderer über Bankwesen, ein dritter über Geld-Kreditwesen referierte.

Um der breiten Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Wirtschaftler durchaus nicht wunschlos sind, daß vielmehr ein recht lästiger Wind, ein recht frisches Leben in den Verhandlungen herrschte, drucken wir die Resolutionen ab, die auf der Delegierten-Versammlung gefaßt wurde.

Resolution I.

Nach Prüfung der Entwürfe betreffend die Bildung des Gouvernements-Rats sowie der Bezirks- und Gemeinde-Räte stellt der Landes-Verband folgendes fest:

- 1) Eine Änderung oder Verbesserung des bisherigen Zust. des ist in den Entwürfen nicht zu finden; lediglich die Form, unter der der europäische Bevölkerung des Schutzgebietes eine beratende Mitwirkung bei der Landesverwaltung eingeräumt ist, hat eine Änderung erfahren;
- 2) In den Gemeinde- und Bezirks-Räten wird den aus der Wahl der europäischen Bevölkerung her-

vorgegangenen Mitgliedern eine unwürdige Stellung dadurch zugewiesen, daß sie ohne Weiteres durch die Regierungs-Vertreter niedergestimmt werden können. Die im Landes-Verband vereinigter europäischer Bewohner der Kolonie sind daher nicht in der Lage, auf der durch die Entwürfe gegebenen Basis an der Verwaltung der Kolonie mitzuarbeiten.

Der Landes-Verband hält es für unbedingt erforderlich:

- a) Erhöhung der Zahl der gewählten Mitglieder zum Gouvernementsrat,
- b) Veröffentlichung der Namen der von den Wählern zum Gouvernementsrat vorgeschlagenen Personen und der Anzahl der auf die einzelnen Personen entfallenen Stimmen,
- c) das Recht der Beschlussfassung des Gouvernementsrats über alle Angelegenheiten des Zivilrechts, soweit die Mittel zur Deckung dieser Staatsposten aus eigenen Einnahmen des Schutzgebietes aufgebracht werden,
- d) Ausgestaltung der Bezirks- und Gemeinde-Räte zu Organen einer wirklichen Selbstverwaltung,
- e) Öffentlichkeit aller Beratungen der genannten Körperschaften,
- f) Anfertigung stenographischer Sitzungsprotokolle und deren Veröffentlichung.

Solange diese Forderungen nicht erfüllt sind, bleibt die Mitwirkung der europäischen Bewohner des Schutzgebietes an dessen Verwaltung eine leere Fiktion.

Resolution II.

Zu einer befriedigenden Lösung der Arbeiterfrage und um den europäischen Betrieben den stetig wachsenden Bedarf an Arbeitern sicher zu stellen, ist es dringend erforderlich, daß die Regierung sich zu einschneidenden Maßnahmen entschließt. Wir beantragen, daß zur Beratung der Arbeiterfrage eine Sonderkommission, bestehend aus Wirtschaftlern und geeigneten Beamten, schleunigst einberufen wird und über folgende Vorschläge berät:

- 1) Einwirkung auf die Eingeborenen durch Steuer-gesetzgebung (Kopfststeuer)
- 2) Organisation der Anwerbung im Innern und tätiger Mitwirkung der Regierung.
- 3) Einführung von Arbeitskarten nach Art der im Bezirke Wilhelmsthal geschaffenen, in entsprechend entwickelten Bezirken.
- 4) Personalkontrolle (Paszwan)
- 5) Abänderung der Arbeitergesetzgebung.

Resolution III.

In der Landpolitik ist zu erstreben, das folgende Wege eingeschlagen werden:

- 1) Pachtweise Abgabe von Land zu den bisherigen Preisen;
- 2) Freie, nicht an die Genehmigung des Gouvernements gebundene Uebertragung des Pachtlandes;
- 3) Einheitlichkeit in den für die Abgabe von Land geltenden Bestimmungen in möglichst großen Bezirken;
- 4) Öffentliche Bekanntgabe dieser Bestimmungen;
- 5) Mitwirkung der Bezirksräte bei der Festsetzung der Landpreise;
- 6) Nach Erfüllung dieser Wünsche Einführung einer angemessenen Wertzuwachssteuer bei entgeltlichem Uebergang, bei Besitz oder Eigenlandes.

Resolution IV.

Die Delegierten-Versammlung des Landesverbandes spricht die Erwartung aus, daß die Verwaltung der Zentralbahn schleunigst alle Schritte tun wird, die notwendig sind, um eine Betriebsfähigkeit zu gewährleisten.

Sie erwartet ferner, daß die Verwaltungen der Usambarabahn und der Zentralbahn den berechtigten Forderungen der Wirtschaftler in Bezug auf Stellung genügenden und geeigneten Wagenmaterials und Herabsetzung der Frachttarife nachkommen werden und beauftragt den Vorstand in diesem Sinne Verhandlungen, unter Mitteilung des Schriftverkehrs an das K. Gouvernament und Reichskolonialamt, zu führen.

Die Delegierten-Versammlung erwartet ferner, daß die D. O. A. sich entschließen wird, ihre Frachttarife noch weiter herunter zu setzen und beauftragt den Vorstand in diesem Sinn an die Linie zu schreiben unter gleichzeitiger Mitteilung an das K. Gouvernament und das Reichskolonialamt.

Ein trauriges Jubiläum.

Am 8. April waren es 25 Jahre, daß die Brüder Clemens und Gustav Denhardt mit dem Sultan des Suaheli-Landes in Witu den ersten Vertrag schlossen, durch den er ihnen Land mit Hoheitsrechten abtrat. Dadurch schufen sie die Unterlage für die Erklärung des deutschen Schutzes über ihr und des Sultans Land und brachten dem Deutschen Reiche das große Schutzgebiet Witu zu.

Am 27. Mai 1885 sprach die Deutsche Reichsregierung den Schutz über Witu aus und zog ihn am 1. Juli 1890 zugunsten von Großbritannien zurück. Um Helgoland und eine für Deutschland günstige Abgrenzung der deutschen kolonialen Interessensphären und Anerkennung deutschen Kolonialbesitzes von Großbritannien zu erlangen, hat die Reichsregierung das getan!

Die Tätigkeit der beiden Denhardts in Afrika, ihr dortiges Eigentum, hat der Reichsregierung ermöglicht, die für Deutschland so wichtigen Vereinbarungen mit Großbritannien zu treffen. Ihr Eigentum und ihre in Witu wohl erworbenen Rechte sind dafür preisgegeben worden! Sie selbst wurden dadurch wirtschaftlich fast völlig zugrunde gerichtet. Schadenersatz und Anerkennung des großen Opfers, welches sie dem Reiche bringen mußten, haben sie nicht erhalten. Dies muß sich ihnen jetzt um so bitterer in die Erinnerung drängen, wenn sie lesen, daß der Jubiläumstage von Lüderitz und Dr. Peters gedacht wird, sie aber totgeschwiegen und von Großbritannien weiter geschädigt werden, und daß die Ansprüche der Brüder Mannesmann so entscheidene Verteidigung gefunden haben.

Bei den Brüdern Mannesmann handelt es sich nur um Rechte auf Bergbau, namentlich auf Eisenerze, bei den Denhardts handelt es sich um ein Sultanat, drei Viertel so groß wie Deutschland!

Die Angelegenheit Denhardt hat früher des öfteren — so im Frühjahr 1898 — schon den Reichstag beschäftigt, wobei festgestellt wurde, daß nach rechtskundigem Ermessen die Reichsregierung unter dem Grafen v. Caprivi in durchaus unzulässiger Weise bei der Ueberlassung von Wituland an die Engländer die wohl erworbenen und fünf Jahre lang unter deutschem Schutze ausgeübten Rechte der Deutschen C. und G. Denhardt preisgegeben hat, statt sie bei den Vertragsverhandlungen mit den Engländern vor deren Willkür zu sichern. Das ist geschehen, wie auch der Kaiser ausdrücklich — nach Caprivis eigenen Mitteilungen — seine Zustimmung zu der Zession des Witulands an die Engländer nur unter der Bedingung gegeben hatte, daß

„in den jetzt beginnenden Verhandlungen mit England auf Anerkennung der deutschen Ansprüche auf die freitigen Interessensphären, zunächst auf die nördliche, dann auf die südliche, hingewirkt werde und daß im Notfall das Preisgeben von Wituland bis Risnaju, vorbehaltlich der Befriedigung etwaiger berechtigter Ansprüche der dort interessierten Deutschen, als Kompensation zulässig sei.“

Im Jahre 1899 wurden den Brüdern Denhardt endlich 150 000 Mark zugewilligt, aber nicht etwa als Ersatz für den großen Schaden, der ihnen zugefügt worden war, sondern als „Abfindung für die seitens des Reichs aus ihrer Tätigkeit in Witu gezogenen internationalen Vorteile“. Dabei war für die Zahlung dieses Betrages aber die außerordentlich harte Bedingung gestellt, daß die Brüder Denhardt auf alle Ansprüche verzichten sollen, welche sie auf Ersatz des großen, ihnen zugefügten Schadens haben, der den bewilligten Betrag weit übersteigt. Diesen Verzicht konnten die Brüder Denhardt selbstverständlich nicht leisten, und infolgedessen ist ihr Leidenszustand jetzt noch größer als im Jahre 1899, verschärft durch die Empfindung